



Transatlantic
Dialogue
Center



WIEDERHERSTELLUNG DES RUSSISCHEN GASTRANSPORTS DURCH DIE UKRAINE: POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND GEOSTRATEGISCHE FOLGEN

AutorInnen: Sofiia Diadchenko und Maksym Vlasenko
RedakteurInnen: Maksym Chebotariov und Daryna Sydorenko

2025

Inhalt

Einleitung	4
Geopolitischer Kontext	4
Stellungnahmen wichtiger Stakeholder	13
Politische Folgen	14
Wirtschaftliche Folgen	16

Abkürzungen

GTS – Gastransportsystem

LNG – Flüssigerdgas

UGSF – Unterirdischen Gasspeicheranlagen

Zusammenfassung

Diese Studie widmet sich den potenziellen Folgen einer Wiederherstellung des Transits von russischem Erdgas durch die Ukraine – ein Szenario, das zunehmend im Kontext künftiger Friedensgespräche zwischen Kyjiw und Moskau diskutiert wird. Das Ziel der Forschung ist es, zu bewerten, ob ein solcher Schritt den nationalen Interessen der Ukraine sowie den übergeordneten Prioritäten Europas im Bereich der Energiesicherheit entsprechen würde.

Nach dem Auslaufen des Gastransitabkommens zwischen dem ukrainischen Energieunternehmen „Naftogaz“ und dem russischen „Gazprom“ im Jahr 2019 hat die Ukraine am 1. Januar 2025 offiziell den Transit von russischem Gas in die EU eingestellt. Diese Entscheidung markierte einen Wendepunkt in der europäischen Energielandschaft.

Obwohl die Einstellung des Transits für die Ukraine wirtschaftliche Verluste bedeutete, schwächte sie zugleich die Positionen der Russischen Föderation auf dem europäischen Energiemarkt erheblich. Dies reduzierte außerdem die Möglichkeiten des Kremls, Energieressourcen als politisches Druckmittel einzusetzen.

Geopolitische Veränderungen: Die russische Aggression gegen die Ukraine sowie die Bemühungen der EU zur Diversifizierung der Lieferquellen führten zu einem Rückgang des Anteils russischen Gases am EU-Import von 41 % im Jahr 2020 auf 9 % im Jahr 2023. Die Einstellung des Gastransits durch die Ukraine Anfang 2025 hatte keine gravierenden Auswirkungen auf die Energiesicherheit der EU, entzog der Russischen Föderation jedoch wichtige Einnahmen aus dem Gasverkauf.

Wirtschaftliche Auswirkungen für die Ukraine: Die Einstellung des Transits kostet die Ukraine bis zu 1 Mrd. US-Dollar pro Jahr an entgangenen Einnahmen. Zudem sind die Gasreserven im April 2025 nahezu 0,7 Mrd. m³ infolge eines Rückgangs der inländischen Förderung durch russische Angriffe gefallen. Daher steht die Ukraine aktuell vor steigenden Kosten für Gasimporte.

Alternative Transitszenarien: Diskutiert werden Szenarien wie die Nutzung von aserbaidshanischem Gas, die direkte Buchung von Transitzkapazitäten durch europäische Unternehmen oder eine strategische Zusammenarbeit bei der Gasspeicherung in den

ukrainischen Untergrundspeicheranlagen. Jedes dieser Szenarien stößt jedoch auf technische, rechtliche oder geopolitische Hürden.

Einleitung

Der Transit von russischem Gas durch die Ukraine war lange Zeit ein Schlüsselement für die Energieversorgung Europas und spielte eine entscheidende Rolle für die Energiesicherheit der Europäischen Union.

Am 1. Januar 2025 stellte die Ukraine den Transit von russischem Gas nach Europa ein, nachdem das fünfjährige Abkommen zwischen dem ukrainischen „Naftogaz“ und dem russischen „Gazprom“ ausgelaufen war.

Im Kontext der Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation unter Vermittlung der Vereinigten Staaten gewinnt die Frage einer möglichen Wiederaufnahme des Transits an Bedeutung. Angesichts der anhaltenden Bemühungen um eine Friedenslösung in der Ukraine wächst die Zuversicht, dass der Gastransit durch die Ukraine wieder aufgenommen werden könnte. Angesichts der unterschiedlichen Interessen der wichtigsten Stakeholder (der Ukraine, der EU, der USA und Russland) besteht jedoch eine hohe Unsicherheit über die künftige Nutzung des ukrainischen Gastransportsystems (GTS) für den Transit.

Diese Studie konzentriert sich auf eine detaillierte Analyse der möglichen Wiederherstellung des Transits von russischem Gas und prüft, ob eine solche Entscheidung mit den strategischen Interessen der Ukraine und ihrer Partner vereinbar wäre. Sie argumentiert, dass eine Wiederaufnahme nicht nur die Energiesicherheit Europas gefährden, sondern auch die Position der Ukraine inmitten des andauernden Konflikts mit Russland schwächen könnte.

Geopolitischer Kontext

Um die Perspektiven einer Wiederaufnahme des Transits von russischem Gas durch die Ukraine objektiv einschätzen zu können, muss die breitere geopolitische Lage in Europa und die Positionen der wichtigsten Länder, welche die Energie- und Sicherheitspolitik des Kontinents prägen, berücksichtigt werden.

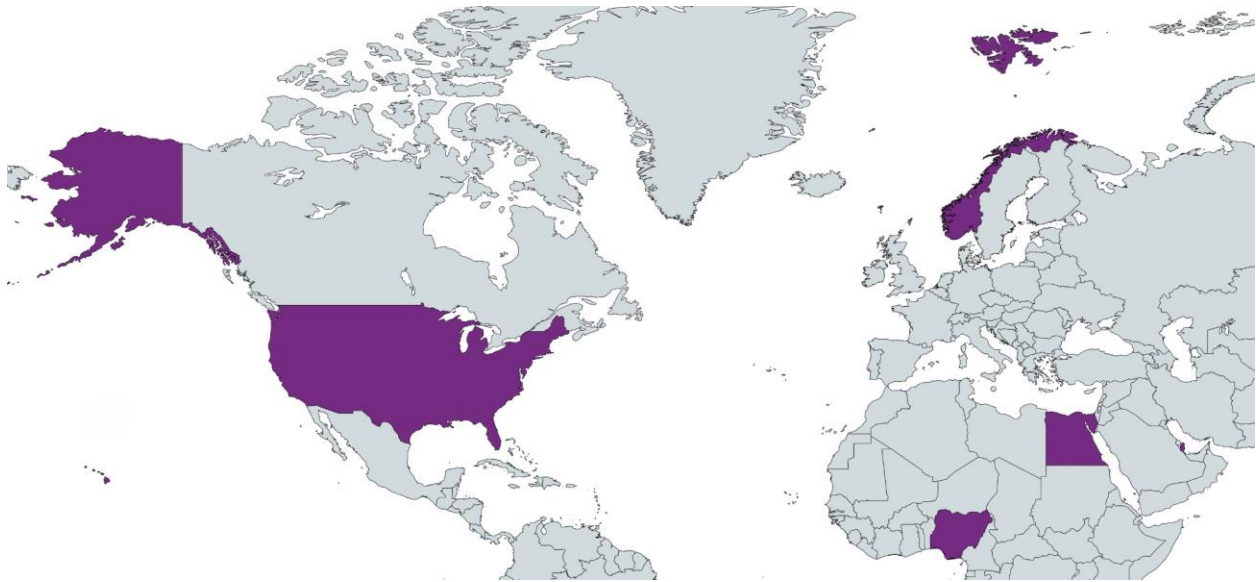
Bis 2022 diente das ukrainische Gastransportsystem als der zentrale Korridor für die Lieferung von russischem Gas in die Europäische Union. Über viele Jahre hinweg ermöglichte es einen Transit von bis zu 90 Mrd. m³ Gas jährlich und brachte der Ukraine mehr als eine Milliarde US-Dollar an Haushaltseinnahmen pro Jahr. [\[33\]](#) Doch sogar in der Vorkriegszeit war dieses System eine Quelle der geopolitischen Instabilität, insbesondere während der Gaskrisen 2006 und 2009, als der Kreml die Gaslieferungen einstellte, um Druck auf Kyjiw in Fragen der Preisgestaltung,

Schulden und Transitbedingungen auszuüben. Diese Maßnahmen betrafen unmittelbar die Interessen der EU-Staaten in Bezug auf gesicherten Zugang zu Energieressourcen, Versorgungssicherheit im Winter sowie die Vermeidung des Einsatzes von Energie als politisches Druckmittel in der Region.

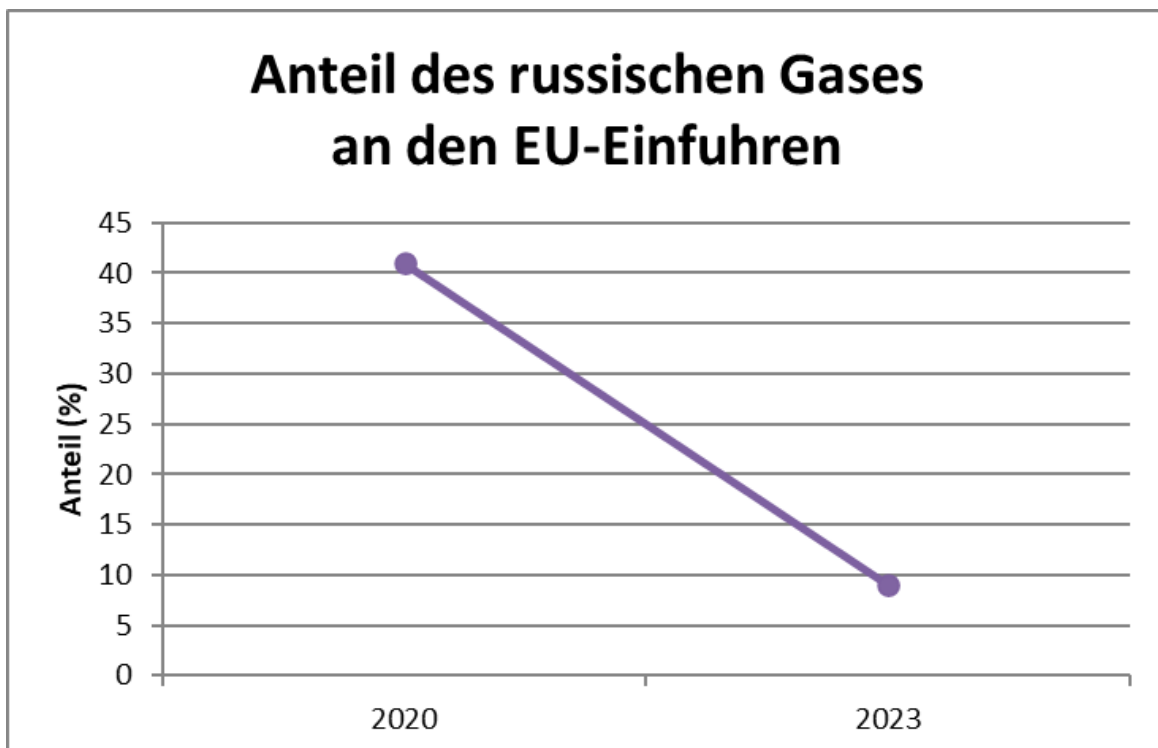
Die Europäische Union, sich der Anfälligkeit einer solchen Abhängigkeit bewusst, ergriff schrittweise Maßnahmen zur Diversifizierung der Energiequellen. Trotz des bereits in den 2010er Jahren erklärten Kurses zur Diversifizierung waren die Fortschritte bei der Reduzierung der Abhängigkeit von russischem Gas begrenzt [\[42\]](#). Die Bemühungen der EU, neue Routen und Lieferanten für Erdgas zu erschließen, stießen auf technische, politische und finanzielle Hindernisse. Beispielsweise wurde der Südkorridor für Gasimporte aus Aserbaidschan zwar bereits 2008 von der EU unterstützt, doch die tatsächliche Inbetriebnahme der Trans-Adriatischen-Pipeline erfolgte erst im Dezember 2020 [\[43\]](#). Die Lieferungen aus Algerien über die Pipelines Medgaz und TransMed blieben stabil, doch deren Kapazitäten reichten nicht aus, um den russischen Import vollständig zu ersetzen [\[44\]](#).

Darüber hinaus wurden Projekte zum Ausbau von LNG-Terminals umgesetzt, unter anderem in Litauen (Terminal in Klaipėda, 2014), Polen (Świnoujście, 2016) und Kroatien (Insel Krk, 2021). Allerdings blieb die Auslastung der LNG-Infrastruktur bis 2022 relativ gering, und der Anteil von LNG an den gesamten Gasimporten der EU war begrenzt.

Der eigentliche Durchbruch kam 2021-2022, als die EU vor dem Hintergrund der Energiekrise und der groß angelegten Invasion Russlands in die Ukraine ihre Bemühungen zur Umstellung der Importe drastisch verstärkte. Alternative Quellen wurden Katar, die USA, Nigeria, Ägypten; zudem wurden die Lieferungen aus Norwegen – einem bereits bedeutenden Lieferanten – ausgeweitet. Als Reaktion auf diese Herausforderungen wurden gemeinsame Anstrengungen unternommen, um die Infrastruktur der Erdgastransportsysteme zu verbessern. Dazu gehörten der beschleunigte Bau neuer LNG-Terminals, insbesondere in Deutschland, der Ausbau von Verbindungsleitungen und die Überprüfung von Verträgen mit wichtigen Lieferanten.



Diese Maßnahmen zeigten ein deutliches Ergebnis: Der Anteil von russischem Gas am Import der EU, der im Jahr 2020 noch 41 % betragen hatte, sank bis 2023 auf lediglich 9 %. Gleichzeitig fiel der Anteil des Transits durch die Ukraine auf ein historisches Minimum – auf nur 5 % des gesamten Gasimports. Die Hauptverbraucher blieben Österreich, Ungarn und die Slowakei, wo der Anteil von über die Ukraine gelieferten russischen Gas im Jahr 2024 zwischen 65 % und 78 % des Gasimports lag, was 12–22 % ihres gesamten Energieverbrauchs entsprach [8].



Die Einstellung des Transits am 1. Januar 2025 erfolgte vor dem Hintergrund einer relativen Bereitschaft der EU zu diesem Szenario. Der Füllstand der Gasspeicher in Europa lag zu Jahresbeginn bei 71,8 % – ein durchaus akzeptabler Wert [8]. Die Gaspreise stiegen im Januar 2025 auf 51 Euro pro Megawattstunde – moderat im Vergleich zu den Spitzenwerten von über 300 Euro im Jahr 2022, was die sinkende Bedeutung der ukrainischen Route im Energiehaushalt der EU unterstreicht.

Gleichzeitig hatte die Einstellung des Transits die dramatischsten Auswirkungen auf Moldau – insbesondere auf die von Russland kontrollierte Region Transnistrien, die zu 70 % von subventioniertem russischem Gas abhängig war, das über die Ukraine geliefert wurde. Seit dem 1. Januar 2025 blieb diese Region mangels einer alternativen Route ohne Gas. Infolgedessen kam die industrielle Produktion zum Stillstand, es kam zu massiven Stromabschaltungen, und Moldau rief den Energienotstand aus und führte eine Rationierung ein. [8]

Die Einstellung des Transits traf auch die wirtschaftlichen Interessen **der Ukraine** erheblich. In den vergangenen Jahren erzielte „Naftogaz der Ukraine“ auf Grundlage des im Transitvertrag von 2019 festgelegten „send-or-pay“-Prinzips stabile Einnahmen von über 1 Mrd. US-Dollar jährlich [34]. Mit Beginn der groß angelegten Invasion Russlands änderte sich die Situation jedoch: Seit 2022 überwies „Gazprom“ faktisch nur noch rund 400 Mio. US-Dollar pro Jahr [35]. Diese Senkung war eine Folge der Manipulation der Transitrouten durch Russland, insbesondere über den Eingangspunkt Sochraniwka in der vorübergehend besetzten Region Luhansk, dessen Nutzung der ukrainische GTS-Betreiber unter Berufung auf höhere Gewalt verweigerte. Die Ukraine bot eine alternative Route über die Station Sudscha an, aber Gazprom lehnte dies ab und nutzte dies als Rechtfertigung für die Reduzierung der Zahlungen.

Infolgedessen verlor „Naftogaz“ Hunderte Millionen US-Dollar, die nun im Rahmen eines internationalen Schiedsverfahrens eingefordert werden. Selbst bei einem positiven Urteil ist eine Rückzahlung vor Kriegsende jedoch kaum zu erwarten. Dies schränkt die finanziellen Möglichkeiten der Ukraine erheblich ein, insbesondere angesichts wachsender Haushaltsbelastung und Abhängigkeit von westlicher Finanzhilfe.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der ukrainischen Energieinfrastruktur ist das System der Untergrundgasspeicher – das größte in Europa. Früher wurden diese Speicher aktiv für die saisonale Gasspeicherung genutzt, auch für Transitgas. Mit der Einstellung des Transits verlieren sie jedoch einen wesentlichen Teil ihrer wirtschaftlichen Funktion. Eine alternative Logistik sieht den Transport von Gas vom österreichischen Hub Baumgarten in die Ukraine und zurück vor, was etwa 50 Euro pro 1.000 m³ an zusätzlichen Kosten verursacht – Ausgaben, die die Operation für europäische Unternehmen unrentabel machen.

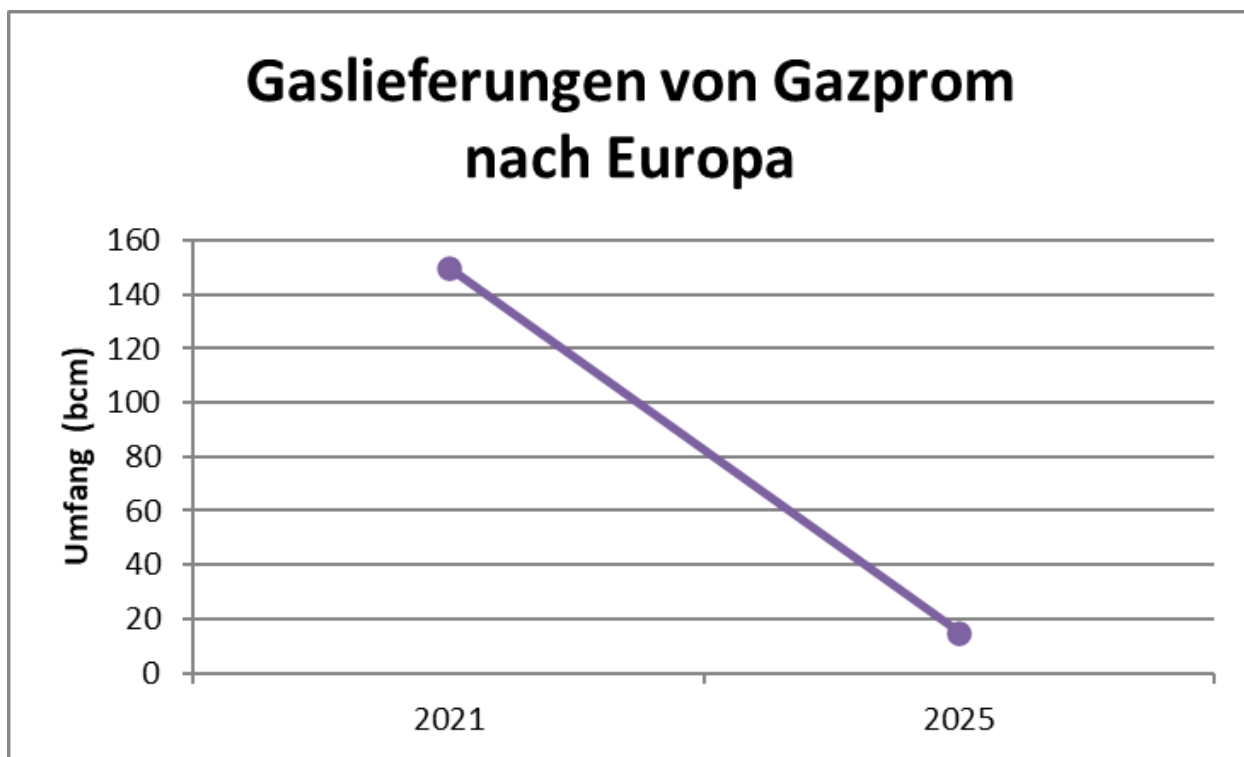
Bis vor Kurzem importierte die Ukraine nur minimale Mengen an Gas und deckte den Inlandsbedarf hauptsächlich durch eigene Produktion, was vor dem Hintergrund eines Rückgangs der Nachfrage aufgrund der Zerstörung der Industrie und der Energieinfrastruktur möglich wurde. Anfang 2025 änderte sich die Lage jedoch grundlegend. Im Februar importierte die Ukraine 511,8 Mio. m³ Erdgas – den höchsten Monatswert seit September 2023. Im Vergleich zum Januar stiegen die Importe um das Zwölfwache [35]. Hauptgrund war der Rückgang der Inlandsproduktion infolge massiver russischer Angriffe auf die Gasförderinfrastruktur. Zusätzlich trugen kaltes Wetter und geringere Speicherbestände zur erhöhten Nachfrage bei. Die Hauptimporteure waren die Naftogaz-Gruppe und private Unternehmen. [17]

In den Vorjahren nutzte die Ukraine den Mechanismus des virtuellen Reverse Flow: Händler verkauften Gas kommerziell an die Ukraine, transportierten es jedoch physisch nicht, da russisches Transitgas in das System eingespeist wurde. Dies sparte Transportkosten und ermöglichte eine effiziente Nutzung des ukrainischen GTS. Mit der Einstellung des Transits ist dieses Modell nicht mehr umsetzbar. Sollte der Bedarf an Gasimporten aus der Europäischen Union in der Ukraine weiterhin bestehen, dürften die damit verbundenen Lieferkosten steigen. Dies ist aufgrund der Notwendigkeit des physischen Transports sowohl durch die Slowakei als auch innerhalb der Ukraine bedingt, wodurch zusätzliche Kosten entstehen.

Somit haben die aggressiven Maßnahmen Russlands – der Einsatz von Energie als Druckmittel, Manipulation der Lieferwege, Vertragsbruch und Beschuss der Gasförderinfrastruktur – sowie die durch die russische Invasion bedingte Weigerung der Ukraine, das Transitabkommen mit „Gazprom“ im Rahmen des Fünfjahresvertrags von 2019 zu verlängern, der Ukraine eine wichtige Einnahmequelle entzogen. Dies erschwert die weitere Nutzung ihres Gastransportsystems und der Untergrundgasspeicher erheblich. [36, 37, 38, 39, 40, 41]. ***Es entsteht die Notwendigkeit, die Rolle des GTS nicht nur anzupassen, sondern vollständig im Kontext der neuen europäischen Energiearchitektur neu zu definieren*** [9].

Trotz der erheblichen Verluste der Ukraine – sowohl finanzieller als auch infrastruktureller Art – ist der größte wirtschaftliche Schaden durch die Einstellung des Transits über das ukrainische GTS von **der Russischen Föderation** selbst getragen worden.

2021 war Europa der wichtigste Absatzmarkt für „Gazprom“ – allein in die EU-Länder wurden über 150 Mrd. m³ Gas geliefert. Nach Beginn des groß angelegten Krieges und der Einführung von Sanktionen im Jahr 2022 brach dieses Volumen drastisch ein. Stand 2025 beträgt der russische Pipeline-Export nur noch 78 Mrd. m³: 38 Mrd. nach China, 25 Mrd. in die Türkei und lediglich 15 Mrd. nach Europa über den „TurkStream“.



Der Transit durch die Ukraine, der zuvor noch etwa 15 Milliarden Kubikmeter jährlich sicherte, wurde vollständig eingestellt. Damit belaufen sich die Gesamtverluste auf über 80 % der Vorkriegsexporte in die EU. Dies schwächte die Position Russlands auf dem europäischen Gasmarkt erheblich. Und obwohl die verlorene ukrainische Route in der aktuellen Exportstruktur nicht mehr kritisch ist, macht sie Russland zunehmend von einzelnen Partnern abhängig und schränkt die Möglichkeiten für flexible Lieferungen ein [\[42, 43, 44\]](#).

Darüber hinaus fließt ein Teil des „verlorenen“ Gases weiterhin in die von Russland kontrollierte Region Transnistrien in der Republik Moldau – zu Bedingungen, die nie transparent waren, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit finanziell gerade für diesen Kunden vorteilhaft. Damit verlässt russisches Gas das Staatsgebiet, jedoch ohne Zahlungsgarantie, was die Verluste von „Gazprom“ nur verstärkt.

Laut dem Unternehmensbericht für die ersten neun Monate des Jahres 2024 führten diese Veränderungen zu einem Rückgang der Einnahmen aus Gasverkäufen um rund 10 % und des Gewinns um fast 50 % [\[45\]](#). 2025 wird die Lage teilweise durch steigende Liefermengen nach China ausgeglichen, doch der Verlust des europäischen Marktes lässt sich nicht vollständig kompensieren. Zwar spart „Gazprom“ die Zahlung von Ausfuhrzöllen für die entfallenen Liefermengen – etwa 30 % des Verkaufspreises –, doch kann diese Einsparung die Gesamtverluste nicht ausgleichen, da die Produktionskosten nur geringfügig sinken und die Gewinne sich nahezu halbiert haben.

All dies unterstreicht, dass trotz der offiziellen Rhetorik einer „Neuorientierung nach Osten“ **gerade Russland – und insbesondere „Gazprom“ – den höchsten Preis für die Einstellung des Gastransits durch das ukrainische GTS-System gezahlt hat.**[\[10\]](#)

Interessen anderer Länder

Neben der Ukraine gibt es auch andere große geopolitische Akteure, die kein Interesse an einer Wiederaufnahme der russischen Gaslieferungen nach Europa haben. Unter ihnen spielen die **Vereinigten Staaten von Amerika** eine Schlüsselrolle. Die USA unterstützen nicht nur die Verringerung der Energieabhängigkeit der EU von Russland, sondern sind auch der Hauptnutznießer der neuen Energielandschaft: 2023 deckte US-LNG 45 % der Einfuhren in die Europäische Union. Dieses Exportwachstum war einer der Faktoren für die Verschiebung globaler Handelsrouten – ein erheblicher Teil des zuvor für Asien bestimmten LNG wurde nach Europa umgeleitet, was den Verkehr durch den Panamakanal in einzelnen Zeiträumen um das Zwei- bis Vierfache steigen ließ.

Der drastische Rückgang der russischen Gaslieferungen in die EU über die ukrainische Route verstärkte die Nachfrage nach US-LNG, was nicht nur die heimische Produktion in den USA ankurbelte, sondern auch ihren Einfluss auf die europäische Energiepolitik stärkte [\[46\]](#).

Die Europäische Union arbeitet daran, den Kauf von amerikanischem LNG durch einen Mechanismus der „Nachfragebündelung“ zu steigern, bei dem die Gasnachfragen der Mitgliedstaaten gebündelt werden, um die kollektive Verhandlungsmacht zu verbessern. Dies ermöglicht der EU, ihre Verhandlungsmacht auf dem globalen Gasmarkt zu stärken. Die USA nutzen dies zur Festigung ihrer Handels- und Wirtschaftspositionen, während die EU ihrerseits daran interessiert ist, ihre Abhängigkeit von russischem Gas seit Beginn des Krieges in der Ukraine zu verringern. [\[11\]](#) Die Abhängigkeit von russischen Energieträgern stellt nicht nur im Kontext der Aggression gegen die Ukraine, sondern auch aufgrund des Potenzials für politischen Druck, Energieerpressung und eine mögliche Destabilisierung der Energiesysteme einzelner EU-Staaten eine sicherheitspolitische Herausforderung dar. Dies gilt insbesondere für Akteure, die weiterhin russisches Gas importieren oder diesen Import sogar ausweiten. Die Bemühungen, den Import russischen Gases schrittweise zu beenden, sind Teil einer umfassenderen Strategie, die auf die Beseitigung dieser Abhängigkeit und die Stärkung der strategischen Autonomie der EU abzielt. [\[17\]](#)

Nach den intensiven Anstrengungen der EU zur Diversifizierung der Energiequellen und zur deutlichen Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas ist die Haltung der europäischen Führungspersonlichkeiten ein wichtiger Aspekt. Ein prägnantes Beispiel dafür ist der ehemalige deutsche Vizekanzler Robert Habeck. Er lehnt kategorisch die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Transits von russischem Gas über Pipelines wie Nord Stream ab, was einen Rückschritt im strategischen Kurs Europas bedeuten würde. Habeck betonte, dass eine solche Diskussion unzulässig sei, solange Russland seine Aggression gegen die Ukraine fortsetze, und wies auf die

Risiken einer Rückkehr zur Energieabhängigkeit von Moskau hin. Darüber hinaus stellen **Deutschland** und andere europäische Länder aktiv auf alternative Energiequellen um, wobei Gas aus Norwegen einen besonderen Stellenwert einnimmt. Diese Haltung spiegelt das Bestreben wider, die in den letzten drei Jahren erzielten Fortschritte beim Ausstieg aus russischen Energieträgern zu sichern und die finanziellen Ströme zu verringern, die den Krieg in der Ukraine unterstützen könnten. [\[12\]](#)

Gleichwohl gibt es vor dem Hintergrund der allgemeinen Abkehr Europas von russischem Gas auch Länder, die in die entgegengesetzte Richtung gehen.

Eines dieser Länder ist **Ungarn**, dessen Position sich grundlegend von der Mehrheit der europäischen Staats- und Regierungschefs unterscheidet.

Ungarn, unter der Leitung von Ministerpräsident Viktor Orbán, nutzt weiterhin die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus der Energiekrise in Europa ergeben. Sein Motto „Verliere niemals eine gute Geschäftsmöglichkeit“ ist gewissermaßen zur Leitlinie der Regierung geworden, die weiterhin aktiv mit Russland im Energiebereich zusammenarbeitet, ungeachtet der gesamteuropäischen Politik des Verzichts auf russische Energieressourcen.

2021 schloss Ungarn mit Russland ein Abkommen, das die Lieferung von 4,5 Milliarden Kubikmetern Gas über die „TurkStream“-Pipeline für 15 Jahre vorsieht [\[36\]](#). Diese Pipeline ermöglicht es Ungarn, das ukrainische Territorium zu umgehen, wodurch das Risiko von Energieunterbrechungen aufgrund geopolitischer Probleme sinkt, und gewährleistet eine stabile Energieversorgung.

Noch größeren Nutzen zieht Ungarn jedoch aus einem einzigartigen Kooperationsmodell mit Russland. Mit dem Ziel, sich an die aktuellen Marktbedingungen im regionalen Kontext anzupassen, bot Gazprom im Rahmen eines flexiblen Preissystems zusätzliche Gaslieferungen zu vergünstigten Preisen an, wodurch Ungarn vorteilhaftere Konditionen als in seinem langfristigen Vertrag erzielen konnte. Gleichzeitig profitieren ungarische Gashändler vom Weiterverkauf von Gas, während die Regierung durch Besteuerung zusätzliche Einnahmen erzielt. Dieses Modell ist für alle Beteiligten vorteilhaft: Die Russische Föderation profitiert vom Verkauf ihrer überschüssigen Erdgasvorräte, während die Republik Ungarn sich eine zuverlässige und lukrative Versorgung sichert.

Ein wesentlicher Faktor für diesen Vorteil ist, dass für Ungarn der Gasbezug aus anderen Quellen aufgrund seiner geografischen Lage deutlich teurer wäre. Das Land liegt im Zentrum Europas, und der Transport von Gas aus Regionen wie Norwegen oder Katar erfordert erhebliche zusätzliche Kosten. Dagegen kommt russisches Gas über direkte Pipelines, was hohe Transportkosten vermeidet und stabile Lieferungen gewährleistet. So profitiert die ungarische Wirtschaft nicht nur von den Preisnachlässen, sondern auch von den minimalen Transportkosten. [\[13\]](#)

Eine sehr ähnliche Situation zeigt sich in der Slowakei unter der prorussischen Regierung von Ministerpräsident Robert Fico.

Die Slowakei unter der Regierung von Robert Fico hat sich entschieden gegen die Entscheidung der Ukraine ausgesprochen, den Gastransit zu beenden. Die Regierung von Fico warf Kyjiw vor, der Slowakei durch die Weigerung, das Abkommen zu verlängern, Schaden zuzufügen, was zu Einnahmeverlusten aus dem Gastransit und höheren Kosten für alternative Lieferungen führte. Fico bezifferte den wirtschaftlichen Schaden auf 500 Millionen Euro und drohte, sowohl kommerzielle Stromlieferungen in die Ukraine als auch Notfallhilfe einzuschränken [\[14\]](#). Die Ukraine argumentiert hingegen, dass die Beendigung des Transits Russland wichtige Einnahmen entzieht und Teil der Strategie zur Bekämpfung der Aggression ist. Die Abhängigkeit der Slowakei von russischem Gas verschärft jedoch unweigerlich die politischen Spannungen in den Beziehungen zur Ukraine und zu anderen europäischen Partnern.

Schließlich ist es für das vollständige Verständnis des Spezifikums der russischen Gaslieferungen nach Europa über die einzige funktionierende Pipeline auch wichtig, die Position der Türkei zu berücksichtigen.

Die Türkei erfolgt ihr langjähriges Ziel, sich zu einem regionalen Energiehub zu entwickeln, obwohl sie selbst über keine nennenswerten eigenen Vorkommen an Kohlenwasserstoffen verfügt.

Mit Beginn des groß angelegten Krieges Russlands in die Ukraine eröffnete sich für die Türkei eine neue Chance, ihren Gas-Hub zu entwickeln. Nachdem Europa den Import von russischem Gas deutlich reduziert hatte, wurde die Türkei strategisch wichtig für die Sicherstellung alternativer Lieferungen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2022 äußerte der russische Präsident Wladimir Putin seine Unterstützung für das türkische Gasprojekt und sah darin einen Weg, Gas über die Türkei nach Europa, insbesondere auf die westlichen Balkanländer, zu liefern.

Für die Türkei ist dieses Projekt vorteilhaft, da es ihr ermöglicht, Gasflüsse zu kontrollieren und eigene Bedingungen für die Wiederausfuhr festzulegen. Mit der Steigerung der Gasproduktion aus neuen Feldern im Schwarzen Meer kann die Türkei ihre Abhängigkeit von importiertem Gas verringern, was es ihr erlaubt, Gasrückstände, die nicht für den Inlandsverbrauch verwendet werden, auf den europäischen Markt zu exportieren.

Die Türkei hat bereits konkrete Schritte zur Umsetzung ihres Energiehubs unternommen und mehrere Abkommen mit Nachbarländern geschlossen. Im Januar 2023 wurde ein Vertrag mit **Bulgarien** (1,5 Mrd. m³/Jahr) unterzeichnet, im August desselben Jahres ein Abkommen mit Ungarn über Lieferungen von 0,3 Mrd. m³/Jahr. Diese Vereinbarungen zeigen den Anspruch der

Türkei, ihre Rolle auf dem europäischen Energiemarkt zu festigen, ungeachtet politischer und technischer Herausforderungen [15].

Einfluss des geopolitischen Kontexts auf den Verhandlungsprozess

Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Verkaufs von russischem Gas in die EU könnten ein wichtiges Element einer potenziellen Friedensregelung im Krieg in der Ukraine werden. Dieser Prozess führt jedoch zu erheblichen geopolitischen Widersprüchen und wirtschaftlichen Risiken. Die Unterstützung der Idee einer Wiederherstellung der russischen Gaslieferungen seitens Ungarn und der Slowakei [40, 41] deutet auf das Bestreben hin, die Energiepreise zu senken, was für Europa aufgrund der hohen Energiekosten zu einem kritischen Anliegen geworden ist. Dies könnte auch ein Anreiz für Moskau sein, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, da die Wiederaufnahme des Gasexports die durch die Einstellung des Transits verlorenen Einnahmen Russlands deutlich erhöhen würde.

Die Wiederherstellung russischer Gaslieferungen stößt jedoch auf starke Ablehnung in den baltischen Staaten, in Polen und in Italien, die aktiv daran arbeiten, ihre Abhängigkeit von russischen Energieressourcen zu verringern [42, 43]. Besonders anfällig sind die baltischen Länder, die aufgrund ihrer geografischen Nähe zu Russland eine Bedrohung ihrer Sicherheit wahrnehmen. Sie sind sich bewusst, dass eine wirtschaftliche Stabilisierung durch wiedergewonnene Einnahmen die Aufrüstung Russlands fördern und den Konflikt neu entfachen könnte. Litauen beispielsweise hat bereits 2022 vollständig auf russisches Gas verzichtet [44]. Das Fehlen eines Konsenses in der Frage des russischen Gases erzeugt erhebliche Spannungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten, da eine Senkung der Energiekosten mit der Stabilisierung der Moskauer Staatseinnahmen einhergehen könnte, was wiederum zur Verlängerung des Konflikts beitragen kann.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren ist anzunehmen, dass etwaige Verhandlungen über die Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen stark von der geopolitischen Lage und den Energiebedürfnissen Europas abhängen werden. Im Falle eines Friedensabkommens würde die Frage der Energieimporte aus Russland in die EU zu einem zentralen Bestandteil der Diskussionen über langfristige Stabilität und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und der Europäischen Union werden. [16]

Stellungnahmen wichtiger Stakeholder

Die Europäische Kommission war ebenso wie die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten auf die Entscheidung der Ukraine, das Transitabkommen mit Russland nicht zu verlängern, vorbereitet. Dies steht im Einklang mit dem Ziel der EU im Rahmen von REPowerEU, die russischen Gasimporte bis 2027 vollständig einzustellen [1]. Allerdings stehen einige einzelne Länder, darunter Ungarn, diesem Ansatz weiterhin skeptisch gegenüber. Darüber hinaus sind einige EU-Mitgliedstaaten, darunter die Slowakei, Österreich, die Tschechische Republik, Ungarn, Kroatien, Slowenien und Italien, nach wie vor in unterschiedlichem Maße auf russisches Gas, geliefert

durch die Ukraine, angewiesen. Für einen Teil dieser Länder ist es kostengünstig, weiterhin Gas aus Russland über ukrainische Pipelines zu importieren; andere Länder, wie beispielsweise die Slowakei, profitieren weiterhin finanziell vom Transit. So fordert der slowakische Ministerpräsident Robert Fico, dass die Ukraine den Gastransit wieder aufnimmt [2].

Die Vereinigten Staaten unterstützen die Beendigung des russischen Gastransits durch die Ukraine und betrachten dies als einen Schritt zur Verringerung der Abhängigkeit Europas von russischer Energie. Präsident Donald Trump hat betont, dass er ein wirtschaftliches Interesse daran hat, amerikanische LNG-Exporte nach Europa zu fördern. [3] [4].

Die Ukraine schließt derzeit die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Gaslieferungen aus Russland nach Kriegsende nicht aus. Darüber hinaus kann die Wiederaufnahme des Transits für das Land nicht nur aufgrund der Transitgebühren wirtschaftlich vorteilhaft sein, sondern auch, weil die Ukraine nun gezwungen ist, aufgrund teurer Importe aus Polen, der Slowakei und Ungarn ihr eigenes Gasdefizit zu decken [5].

Russland ist daran natürlich auch interessiert, den Gastransit nach Europa durch die Ukraine wieder aufzunehmen [6]. Derzeit unternimmt es Schritte, um das Thema Gastransit in künftige Friedensgespräche einzubeziehen. Zu diesem Zweck hat Russland Angriffe auf den Gassektor der Ukraine durchgeführt. Dies geschieht zu einem sehr ungewöhnlichen Zeitpunkt, da die Heizperiode gerade zu Ende geht. Dementsprechend sind diese Maßnahmen Moskaus Teil einer umfassenderen Strategie, um den Gastransit zu einem wichtigen Punkt auf der Tagesordnung der Friedensverhandlungen zu machen[7].

Politische Folgen

Wie der ukrainische Energieminister Herman Haluschtschenko betonte, ist die Entscheidung, den Transit von russischem Gas durch das ukrainische GTS einzustellen, durch nationale Sicherheitsinteressen motiviert [18]. Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, bezeichnete diesen Schritt als „eine der größten Niederlagen Moskaus“ und sieht ihn als Teil eines umfassenderen Kampfes zur Schwächung des russischen Einflusses in Europa [19]. Die Einstellung des Gastransits ermöglichte es der Ukraine, einen der Mechanismen des politischen Einflusses Russlands zu beseitigen.

Mit diesem pragmatischen Schritt hat die Ukraine eine Reihe politischer Vorteile erzielt. Insbesondere wurde durch die Beendigung des Transits ermöglichte es der Russischen Föderation nicht mehr, diesen als Hebel für politischen Einfluss zu nutzen. Dies trug beispielsweise teilweise zum allgemeinen Trend des Vertrauensverlustes in die Regierungspartei von Viktor Orbán – Fidesz – bei, deren Zustimmungswerte am 18. April 2025 mit 36 % den niedrigsten Stand der letzten zehn Jahre erreichten, und hatte erhebliche Auswirkungen auf die politische Stabilität des Landes [20]. Derzeit sind die Beziehungen zwischen Ungarn und der

Ukraine angespannt. Die Regierung Orbán blockiert oder verzögert regelmäßig Entscheidungen zur Bereitstellung militärischer und finanzieller Unterstützung durch die EU. Folglich wird Ungarn, sofern derzeitiger politischer Kurs beibehalten wird, auch weiterhin den NATO- und EU-Beitrittsprozess der Ukraine bremsen. Somit **trägt die Einstellung des Transits dazu bei, das alte System der Abhängigkeiten zu beseitigen**, in dem Russland Energieressourcen als politisches Druckmittel nutzte, insbesondere zur Unterstützung ihm nahestehender Regime wie in Ungarn.

Wichtig ist, dass die Einstellung des Gastransits keine negativen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU hat, da sie den Interessen der Europäischen Union keinen nennenswerten Schaden zufügt. Ihre Folgen für die europäische Energiesicherheit sind beherrschbar, da sich die Mitgliedstaaten darauf vorbereitet und im Voraus für alternative Bezugsquellen gesorgt haben. Kurz vor der Einstellung des Transits waren die europäischen Gasspeicher zu 73,55 % gefüllt [21]. Zudem könnte diese Entscheidung, angesichts des EU-Ziels, bis 2027 die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu beenden, den Übergang Europas zu erneuerbaren Energiequellen beschleunigen. Langfristig könnte dieser Schritt die vollständige Abkehr Europas von russischen Energieträgern vorantreiben und damit Russlands Fähigkeit verringern, Energieexporte als Instrument politischen Zwangs einzusetzen, was den Einfluss Moskaus auf der Weltbühne weiter schwächen würde.

Eine weitere potenziell wichtige langfristige Folge ist **die stärkere Integration des ukrainischen Gassystems in den europäischen Markt**. Zwar wird sich ein Großteil des ukrainischen GTS künftig nicht mehr nutzen lassen, doch wird der Schwerpunkt voraussichtlich auf der Nutzung der enormen Kapazitäten der ukrainischen Gasspeicher zur Sicherung der Energiestabilität in Europa liegen. Das GTS der Ukraine ist besonders wertvoll im Kontext der Entwicklung der Ukraine, die über die größten Gasspeicher Europas verfügt, zu einem Gas-Hub.

Die Ukraine besitzt die größten unterirdischen Gasspeicher Europas mit einem Gesamtvolumen von 30,95 Mrd. Kubikmetern – der drittgrößte Wert weltweit. Nach Deckung des eigenen Bedarfs kann das Land seinen europäischen Partnern etwa 10 Mrd. Kubikmeter zur Gasspeicherung anbieten. 80 % der ukrainischen Speicher befinden sich in den westlichen Regionen, was eine bequeme Logistik für EU-Länder ermöglicht. Darüber hinaus bieten diese Anlagen erhebliche geografische Sicherheitsvorteile: Sie liegen weit entfernt von der Kampfzone und in Tiefen zwischen 400 und 2.000 Metern, was ihre Zerstörung selbst bei intensiven Angriffen erschwert. Die Nutzung der ukrainischen UGSF eröffnet auch attraktive wirtschaftliche Möglichkeiten. Europäische Unternehmen können Gas im Sommer zu niedrigeren Preisen kaufen, es in der Ukraine speichern und im Winter nutzen oder mit saisonbedingten Preisaufschlägen verkaufen, um von der Preisdifferenz zu profitieren [Quelle].

Nach dem Verlust des europäischen Marktes intensiviert die Russische Föderation ihre Bemühungen, den Gasexport nach Osten umzuleiten. Russland sucht Chancen auf einem

anderen Schlüsselfeld: Asien, insbesondere China, wo die Gasnachfrage schneller wächst als in Europa. Derzeit entfällt auf Asien 32 % der gesamten russischen Gasexporte, davon 73 % auf China [22]. Es ist zu erwarten, dass diese Anteile in den kommenden Jahren zunehmen werden. Russland baut seine neue Gasstrategie um die Pipeline „Kraft Sibiriens“ auf. Geplant ist, dass der Gasexport nach China über diese Leitung bis Ende 2025 38 Mrd. m³/Jahr erreichen und durch das Netzwerk im Fernen Osten um weitere 10 Mrd. m³ erhöht werden soll [23].

Es ist jedoch zu betonen, dass dieser Schritt Russlands zur Neuausrichtung der Exporte nach Osten situativ bedingt ist. Im Vergleich zu anderen bekannten Exporteuren in der Region ist Russland ein relativer Neueinsteiger, der auf einen bereits erschlossenen Markt drängt. Die Ausweitung der Gaslieferungen aus Russland nach China wird die strategischen Probleme des russischen Energieexports nicht lösen, da China über eine breite Palette von Gasquellen verfügt, einschließlich eigener Förderung sowie Importen aus Zentral- und Ostasien und von LNG-Exporteuren wie den USA, Australien und Katar. Darüber hinaus konzentrieren sich Chinas energiepolitische Ziele auf ein diversifiziertes Importportfolio [22].

Im Allgemeinen ist es offensichtlich, dass die Entscheidung der Ukraine, den Transit von russischem Gas zu stoppen, politisch motiviert war, da sie nicht nur praktische, sondern auch symbolische Bedeutung hat. Trotz wirtschaftlicher Verluste von bis zu 1 Mrd. US-Dollar jährlich aus Transitgebühren ist die Ukraine bereit, diesen Schritt im Hinblick auf die potenziellen politischen Vorteile und Sicherheitsrisiken zu gehen.

Wirtschaftliche Folgen

Trotz der Einstellung des Transits von russischem Gas hat die Ukraine die Heizsaison 2024-2025 dank eingelagerten 12,2 Mrd. m³ Gas in den unterirdischen Speichern (UGSF) erfolgreich überstanden. Langfristig wird die Einstellung des Transits jedoch wirtschaftliche Folgen haben.

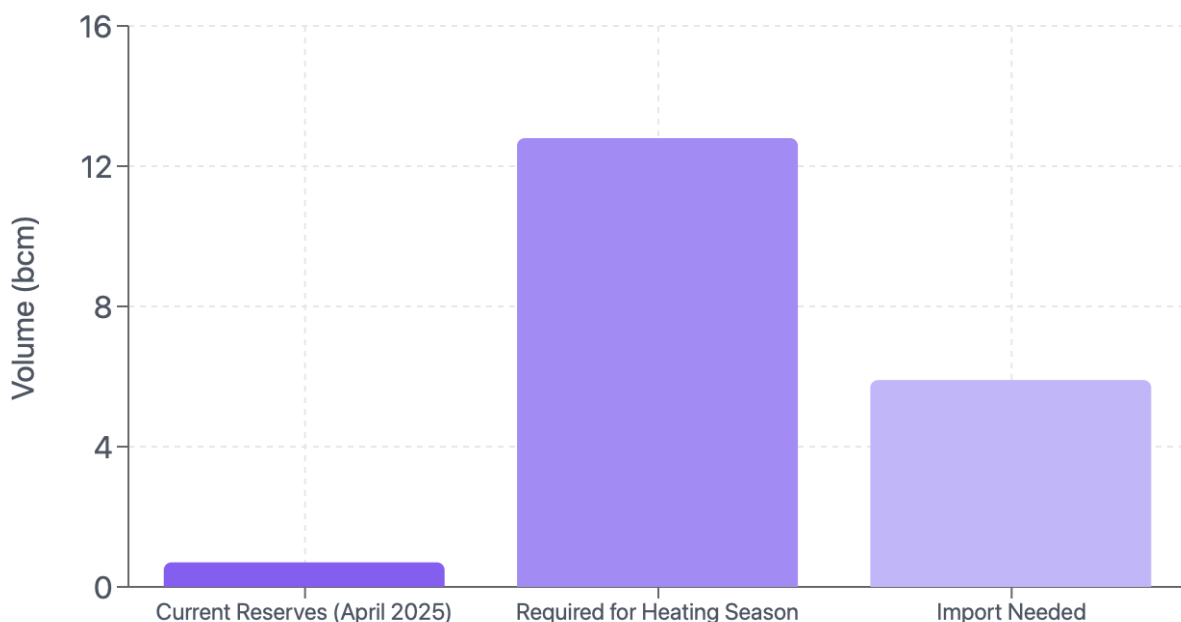
Der Verlust des Status von Transitland bedeutet den Verlust von etwa 7 Mrd. US-Dollar an Einnahmen, auch wenn ein Teil davon für den Betrieb des GTS verwendet wurde. Ohne Vertragsverlängerung wird die finanzielle Belastung auf die inländischen Verbraucher übertragen. Es steigt also die Wahrscheinlichkeit einer Erhöhung der Gas- und Transporttarife für private Haushalte und Unternehmen. Die Hauptlast wird Naftogaz sowie der GTS-Betreiber tragen, die jeweils ihren Anteil an den Einnahmen hatten.

Ein besonderes Risiko ist das verringerte Gasvolumen im System: Für einen stabilen Betrieb des GTS müssen täglich mindestens 27 Mio. m³ vorhanden sein. Ohne Transit müssen diese Mengen durch den Kauf von Importgas gedeckt werden, was teurer ist, insbesondere unter Bedingungen begrenzter finanzieller Ressourcen. Die Ukraine ist weiterhin in hohem Maße auf internationale Finanzhilfe angewiesen, um ihr energetisches Gleichgewicht aufrechtzuerhalten [30].

Darüber hinaus erhöht der Verlust der Transitfunktion die Anfälligkeit der ukrainischen Infrastruktur für russische Angriffe. Die Russen müssen die Integrität der Hauptgaspipelines nicht mehr wahren. Dies schafft zusätzliche Bedrohungen für die Energiesicherheit, insbesondere bei kritisch niedrigen Vorräten und begrenzten Ressourcen zu deren Auffüllung. [24].

Die Ukraine steht vor erheblichen Risiken aufgrund niedriger Gasspeicherbestände und der Notwendigkeit erheblicher Importe zur Deckung des Bedarfs für die nächste Heizsaison. Im April 2025 waren die Vorräte in den unterirdischen Gasspeichern auf ein kritisch niedriges Niveau von 0,7 Mrd. m³ gesunken, was 2,22 % der Gesamtkapazität entspricht [25]. Für eine stabile Heizperiode müssen mindestens 12,8 Mrd. m³ Gas eingelagert werden, wovon 5,5-6,3 Mrd. m³ importiert werden müssen. Diese Importe werden die Ukraine 2,5–3 Mrd. US-Dollar kosten [26]. Ukrainische Energieminister Herman Haluschtschenko erklärte, dass Stand Juni 2025 bereits 2,9 Mrd. m³ Gas vertraglich gesichert seien [50].

Gas Volumes (billion cubic meters)



Key Indicators

Current Reserves

0.7 bcm

2.22% of total capacity

Requirements for the heating season

12.8 bcm

Minimum for stable heating season

Required Import

5.5-6.3 bcm

To reach target level

Import Costs

2.5-3 billion USD

Estimated total cost

Damit wird die Ukraine weiterhin auf den Gaseinkauf im Ausland angewiesen sein, was nicht nur die Risiken für die Energiesicherheit erhöht, sondern auch eine zusätzliche finanzielle Belastung für den Staatshaushalt darstellt. Angesichts mangelnder Finanzierung und eines sinkenden Niveaus der inländischen Förderung könnte das Land gezwungen sein, alternative Finanzierungsquellen zu suchen oder die Außenhilfe aufzustocken, um die Sicherheit seiner Gasreserven zu gewährleisten. Dies hat zu einer zunehmenden Abhängigkeit von externer Unterstützung geführt, insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Struktur des europäischen Gasmarktes nach der Reduzierung der Lieferungen aus Russland.

Bis 2022 lieferte „Gazprom“ jährlich etwa 150-155 Milliarden Kubikmeter Gas in die EU, wovon 90 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2019 durch das ukrainische Gastransportsystem geleitet wurden. Nach Beginn der groß angelegten Invasion verzichtete Europa schrittweise auf russisches Gas und ersetzte es teilweise durch Flüssigerdgas (LNG), das per Tankschiff ankommt. Unter Berücksichtigung des LNG deckt Russland nur noch 15 % der Gaslieferungen

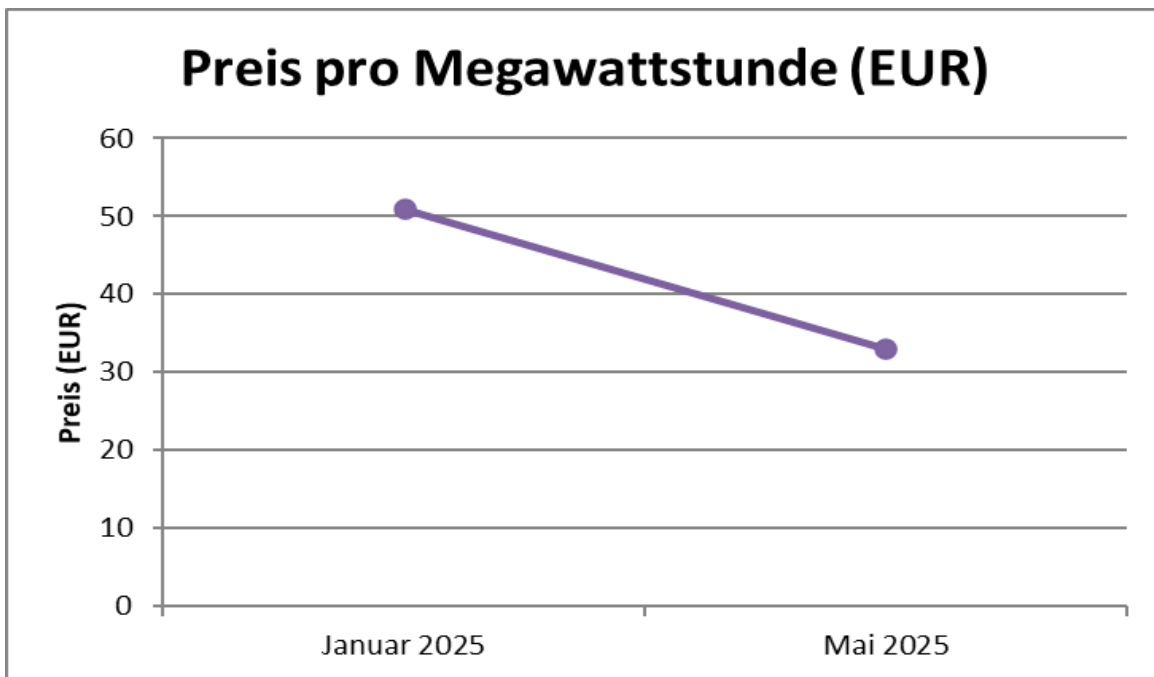
nach Europa, während Norwegen 30 % und die USA 19 % liefern. Die EU bewegt sich aktiv auf das Ziel zu, bis 2027 vollständig auf russisches Gas zu verzichten [\[27\]](#).

Ungeachtet der Diversifizierung der Lieferungen sind bestimmte Länder weiterhin in hohem Maße vom Transit durch die Ukraine abhängig, darunter Ungarn, die Slowakei, die Tschechische Republik und Österreich. Nach der Einstellung des russischen Gastransits durch die Ukraine standen diese Länder jedoch vor neuen Herausforderungen auf den EU-Gasmärkten. Im Januar 2025 stieg der Gaspreis in Europa deutlich an und erreichte 51 Euro pro Megawattstunde. Dies ist der stärkste Anstieg der Gaspreise seit Oktober 2023. Der Hauptgrund dafür ist der aktuelle Mangel an alternativen Versorgungswegen, der zu einem erheblichen Anstieg der Gaskosten geführt hat. [\[28\]](#).

Der Ausfall russischer Lieferungen könnte die Erschöpfung der Gasreserven in den Speichern beschleunigen. Die europäischen Gasreserven schrumpfen bereits in dem schnellsten Tempo seit 2021. Zwar wird Europa im Winter 2025-2026 dank bestehender Vorräte und alternativer Lieferungen voraussichtlich nicht ohne Gas auskommen müssen, doch bleibt die Auffüllung der Speicher vor der nächsten Heizsaison eine aktuelle Herausforderung. Prognosen zufolge werden die Gaspreise im Sommer 2025 höher ausfallen als im Winter 2025-2026, was die Auffüllung der Vorräte vor Beginn der Heizperiode erschwert [\[29\]](#).

Dennoch sind die kurzfristigen wirtschaftlichen Verluste durch steigende Gaspreise im Vergleich zum politischen Nutzen und zur langfristigen wirtschaftlichen Stabilität gering. Die strategische Abkehr der EU von der Abhängigkeit von russischem Gas wurde als entscheidender Faktor für die Verbesserung der Energiesicherheit, die Minderung geopolitischer Risiken und die Förderung stabiler Entwicklungsaussichten identifiziert.

Im Allgemeinen stiegen die Gaspreise in Europa zwar unmittelbar nach der Einstellung des russischen Gastransits durch die Ukraine deutlich an (51 Euro pro Megawattstunde), fielen jedoch bereits Anfang Mai auf 33 Euro pro Megawattstunde fielen [\[32\]](#). Dies belegt anschaulich, dass die Einstellung des Transits keine erheblichen finanziellen Verluste verursachte und Europa im Gegenteil sogar einen Schritt näher an die vollständige Absage an russisches Gas brachte.



Mögliche Szenarien

Offensichtlich gibt es nur zwei mögliche Szenarien: die Wiederherstellung oder die Nicht-Wiederherstellung des Transits. Die Wiederherstellung des russischen Gastransits durch die ukrainische GTS ist unwahrscheinlich, da weder die Ukraine noch die meisten EU-Länder an einer Wiederaufnahme interessiert sind. Dennoch müssen die Bemühungen von US-Präsident Donald Trump berücksichtigt werden, der auf einen schnellen Abschluss eines Friedensabkommens zwischen Russland und der Ukraine drängt. Im Rahmen eines möglichen Abkommens könnte Russland versuchen, den Gasverkauf nach Europa wiederherzustellen oder zumindest teilweise beizubehalten, da Europa historisch sein wichtigster Absatzmarkt war.

Der EU-Energiekommissar Dan Jørgensen erklärte, dass die EU nach Abschluss eines etwaigen Abkommens keinen Import wieder aufnehmen werde [35]. Dementsprechend ist **das wahrscheinlichste Szenario die Nicht-Wiederaufnahme des Transits**.

Obwohl dies sowohl für die Ukraine als auch für Europa Herausforderungen mit sich bringt, für Letzteres sind die Pläne zur vollständigen Abkehr vom russischen Gas ohnehin eine komplexe Aufgabe, sind die Ukraine und die EU-Mitgliedstaaten auf diesen Schritt vorbereitet. Am 6. Mai 2025 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Roadmap zur schrittweisen Einstellung der Importe von russischem Öl und Gas [33], und bereits im Juni 2025 plant die Kommission, gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen, um den Import von russischem Pipelinegas und LNG aus bestehenden Verträgen bis Ende 2027 zu verbieten [34]. Die Exekutive der EU wird

auch vorschlagen, den Abschluss neuer Gaslieferverträge mit Russland sowie bestehender Spotkontrakte bis Ende 2025 zu untersagen [35]. Natürlich haben sich Länder wie die Slowakei und Ungarn entschieden gegen den vorgeschlagenen Verbotsvorschlag ausgesprochen [36]. Die Annahme durch qualifizierte Mehrheit im Europäischen Parlament bedeutet jedoch, dass diese beiden Staaten das Vorhaben nicht blockieren können [35].

Im Wesentlichen liegt der aktuelle Schwerpunkt der EU nicht auf der Wiederaufnahme des russischen Gastransits, sondern auf der weiteren Diversifizierung der Lieferquellen. Das strategische Ziel ist die Minimierung jeglicher Abhängigkeit von Russland. In diesem Kontext ergibt sich ein Vorteil für die Ukraine: Je diversifizierter die Quellen und Lieferwege, desto weniger anfällig ist Europa für externen Druck. Diese Logik wird die Ukraine auch in künftigen Verhandlungen stärken.

Gleichzeitig werden weiterhin mögliche Mechanismen diskutiert, die den Transit durch die Ukraine ohne direkte Beteiligung Russlands zumindest teilweise aufrechterhalten könnten.

Szenario 1

Ein Szenario zur Fortsetzung des Gastransits aus Russland durch die Ukraine besteht darin, direkte Verträge zwischen europäischen Unternehmen für die Gaslieferungen sowohl von „Gazprom“ als auch von der ukrainischen Seite abzuschließen. In diesem Fall nehmen die europäischen Unternehmen das Gas an der russisch-ukrainischen Grenze in Empfang und verhandeln direkt mit Kyjiw über dessen Weitertransport nach Westen [31]. Dieses Modell vermeidet die direkte Kontrolle Russlands über den Transit durch die Ukraine, erfordert jedoch erhebliche Änderungen in den Verträgen und Liefermechanismen.

Szenario 2

Ein weiteres Szenario besteht darin, dass europäische Unternehmen Gas aus Aserbaidschan kaufen, das durch Russland und die Ukraine nach Europa transportiert wird [31]. Momentan existiert jedoch keine direkte Pipeline von Aserbaidschan in die Ukraine, was diese Option erschwert. In diesem Fall würde Baku als Mittler agieren, Gas aus Russland kaufen, einen Transitvertrag mit der Ukraine abschließen und es dann als aserbaidsschanisches Gas nach Europa verkaufen. Dieses Szenario birgt geopolitische Risiken, angesichts der engen politischen Beziehungen Aserbaidschans zu Russland.

Szenario 3

Das dritte Szenario betrifft die Lagerung von Gas in ukrainischen Untergrundspeichern (UGS), das bei Bedarf von den Gasbesitzern genutzt werden kann. Dieses Angebot unterbreitete die Ukraine sowohl Aserbaidschan als auch der Slowakei. Nach diesem Mechanismus kann Aserbaidschan Gas in ukrainische UGS einspeichern und je nach Nachfrage auf dem europäischen Markt verkaufen. Die Slowakei kann Gas an der Grenze kaufen, in der Ukraine

speichern und bei Bedarf nutzen. Juristisch gilt dieses Modell jedoch nicht als Transit, sondern als Wiederausfuhr aus der Ukraine, was aus geopolitischer Sicht Vorteile in Bezug auf die Risikominderung bietet. [\[31\]](#)

Schlussfolgerungen

Die Einstellung des russischen Gastransits durch die Ukraine ab dem 1. Januar 2025 war nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine strategische und politische Entscheidung, die die Energiesicherheitskonfiguration Europas erheblich veränderte. Trotz Einkommensverlusten für die Ukraine und steigender Importkosten stärkte dieser Schritt ihre Souveränität, reduzierte die Abhängigkeit von Russland und trug zur Zerstörung des vom Kreml über Jahre aufgebauten Systems der Energie-Erpressung bei.

Die Auswirkungen auf die Europäische Union waren aufgrund systematischer Vorbereitung begrenzt: Diversifizierung der Quellen, Ausbau der LNG-Infrastruktur, Etablierung von Importen aus den USA, Norwegen und Katar ermöglichten die Kompensation der Rückgänge aus Russland. Gleichzeitig zeigen Länder Mitteleuropas, insbesondere Ungarn und die Slowakei, weiterhin ihre Abhängigkeit von russischem Gas, was die Bildung einer einheitlichen Position innerhalb der EU erschwert.

Für Russland waren die Folgen besonders gravierend: Die Erdgasexporte in die Europäische Union gingen um über 80 % zurück, was zu einem erheblichen Rückgang der Gewinne von Gazprom führte. Zugleich wurde der politische Einfluss des Unternehmens in Europa deutlich eingeschränkt. Das Bestreben des Kremls, den Gastransit durch die Ukraine wiederherzustellen, wird bereits als Teil eines möglichen Friedenspakets betrachtet.

Dennoch ist eine Wiederaufnahme des Transits unwahrscheinlich. Die Europäische Kommission plant, den Import von russischem Pipelinegas bis 2027 vollständig einzustellen, begleitet von entsprechenden Gesetzesinitiativen. Die Ukraine integriert sich zunehmend in den europäischen Energiemarkt und richtet die Nutzung ihrer Infrastruktur, insbesondere der Gasspeicher, auf die Stabilität des europäischen Marktes aus.

Somit wird die primäre Herausforderung in den kommenden Jahren weniger die Frage der Wiederherstellung des Transits sein, sondern vielmehr die effektive Transformation der Rolle der Ukraine in der neuen europäischen Energiearchitektur.